

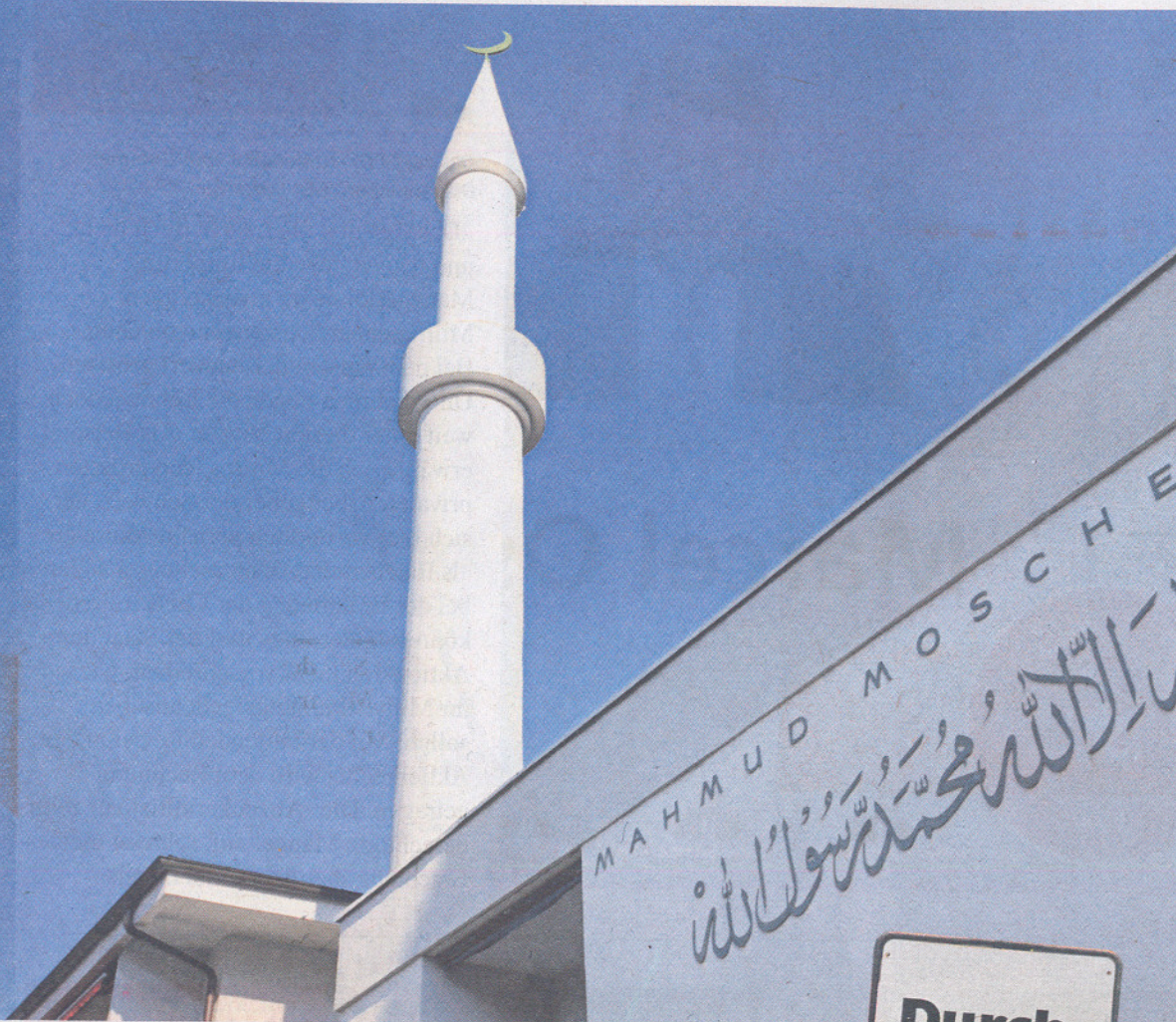
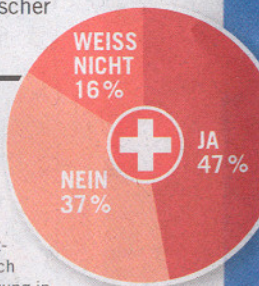
--> MINARETT-VERBOT

Am 1. Mai 2007 startete die Unterschriftensammlung für die Volksinitiative «gegen den Bau von Minaretten». Das Volksbegehren verlangt ein Verbot dieser muslimischen Bauwerke, weil sie in den Augen der Initianten einen religiös-politischen Machtanspruch zum Ausdruck bringen. Das Initiativkomitee setzt sich aus SVP-Politikern und Vertretern der Eidgenössisch-Demokratischen Union (EDU) zusammen. Bisher sind 90 000 Unterschriften zusammen, die Initiative wird im Sommer eingereicht.

Die Initiative ist brisant: Diplomaten befürchten, dass das Image der Schweiz in den muslimischen Ländern leidet und unser Land ins Visier islamistischer Extremisten gerät.

FRAGE: Soll der Bau von Minaretten in der Schweiz verboten werden?

Der Vorschlag wird in der West- und der Deutschschweiz ähnlich bewertet, wobei die Unterstützung in der Ostschweiz höher ist. Am meisten Zustimmung erfährt die Initiative im Tessin (61 Prozent für ein Verbot). Auf dem Land befürworten 53 Prozent der Bevölkerung die Initiative, in den Städten 44 Prozent.



«Extremismus in die Schranken weisen.»

Das sagt SVP-Nationalrat und Minarett-Initiativkomitee-Mitglied Lukas Reimann (25, St. Gallen):

«Die grosse Zustimmung zur Initiative erstaunt nicht. Das Minarett ist ein Machtsymbol. Es steht für eine Ausübung des Islams, die religiöse Richtlinien über die staatlichen Gesetze stellt. In unserem Land leben bald 400 000 Muslime. Die meisten von ihnen sind bereit, unsere Gesetze zu respektieren. Dieses Verhalten wird gestärkt, wenn Extremismus in die Schranken gewiesen wird. Die österreichischen Bundesländer Vorarlberg und Kärnten haben kürzlich Minarette verboten. Internationale Proteste blieben aus.»